

Verizon kauft AOL - bald an der Spitze der Telekommunikationskonzerne?

Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 11. bis 15. Mai 2015

(1a) Diese Woche dominierten folgende Themen die US Zeitungen: Die Übernahme des Telekommunikationskonzerns AOL durch Verizon, die Abstimmung gegen die von Präsident Obama geplanten Freihandelsabkommen sowie das enorme Wachstum der Finanzindustrie und die damit verbundenen Folgen.

Rund 4,4 Milliarden US-Dollar ist das Unternehmen AOL wert, welches in Kürze vom Netzbetreiber Verizon gekauft werden soll. Der Dial-Up Service von AOL wird derzeit von zwei Millionen Amerikanern genutzt, was ein Bruchteil der Kunden ist, die AOL in den 1990er Jahren vermerken konnte. Die sinkenden Einnahmen will Verizon durch Werbeeinnahmen ausgleichen. Die *Washington Post* berichtete, dass Verizon nach einer Möglichkeit gesucht hat, um sich weiterzuentwickeln und als Unternehmen zu wachsen. Diese habe sie mit AOL gefunden, und die beiden Unternehmen werden ab Sommer 2015 zusammen „einen neuen Weg [...] in der digital vernetzten Welt einschlagen“. Laut der *LA Times* komme diese Kooperation nur zustande, da Verizon Angst hat, in der immer stärker konkurrierenden Branche der Netzbetreiber unterzugehen. Die Werbeplattform AOLs, sowie die vom Unternehmen gekauften beliebten digitalen Markenfürer *Huffington Post* und *TechCrunch*, böten die perfekte Grundlage dafür, ein größeres Publikum zu erreichen.

Barack Obama pflegt zu den seit knapp zwei Jahren geplanten Freihandelsabkommen mit der EU und dem Pazifikraum eine andere Ansicht als seine Partei. Die demokratischen Senatoren argumentieren hauptsächlich mit negativen Auswirkungen durch Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Stattdessen gibt es immer größer werdende Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit. Laut der *LA Times* setzen sich „insbesondere Lateinamerikaner [dafür ein], deren Einfluss in der demokratischen Partei steigt“. Die *New York Times* ging auf Obamas „Probleme mit dem amerikanischen Kongress“ ein und berichtete, dass Obama der Ansicht sei, die Demokraten verbreiteten falsche Informationen zu den Freihandelsabkommen. Die Abstimmung, die zur Ablehnung führte, bedeutet allerdings keinesfalls das Ende der Debatte. Die demokratischen Senatoren forderten eine erneute

Abstimmung über ein Gesetz gegen Währungsmanipulation. John Thune, republikanischer Senator von South Dakota, ist der Meinung, die Demokraten „werfen ihren eigenen Präsidenten unter den Bus“.

„Die Finanzindustrie vergiftet die Gesellschaft.“ Das behauptete die *LA Times* vergangene Woche. Der Artikel berief sich unter anderem auf eine Aussage von Stephen Cecchetti, welcher zufolge die meisten Schüler heutzutage von einer Karriere als Hedgefonds-Manager träumen. Deren extrem hohe Einnahmen dominieren die Finanzindustrie. Die fehlende Balance „produziert mehr Anti-Finanz Börsenstimmung als gesund“ sei. Die *Post* verglich zu diesem Thema das Einkommen von Hedgefonds-Managern mit dem von Kindergartenbetreuern und kommt zu dem Schluss, dass 25 Hedgefonds-Manager jährlich mehr verdienen als alle Kindergartenbetreuer zusammen, welche 2012 eine Anzahl von 158.000 Arbeitnehmern ausmachten. Diese Statistiken sollen zeigen, dass die Wichtigkeit der Bildungspolitik im Vergleich zur Finanzindustrie sinkt. Des Weiteren wurde betont, dass diese 25 Hedgefonds-Manager alle männlich sind.

Quellen:

<http://latimes.com>

<http://nytimes.com>

<http://washingtonpost.com>